

Vieles ließe sich verbessern ...

Gegen Jahresende lädt der Arbeitskreis Eltern Behinderter (AEB) traditionsgemäß zu Informationsveranstaltungen, um mit Experten und Politikern die wichtigsten Anliegen zu besprechen, sich zu informieren und untereinander auszutauschen.

Ende November gab es im Gilmsaal im Michael-Pacher-Haus eine Fragestunde mit der Schulinspektorin Heidi Niederstätter, die am deutschen Schulamt die Dienststelle für Unterstützung und Beratung betreut. Zudem referierte Elisabeth Weger, Psychologin bei der ANFFAS (Elternverband für Menschen mit Behinderung), über Chancen und Probleme der Integration von Kindern mit besonderen Bedürfnissen auf allen Schulstufen. Heidi Niederstätter erklärte den Unterschied zwischen Integration und Inklusion und betonte, dass Inklusion nicht nur ein leeres Wort bleiben dürfe. Sie wies darauf hin, dass das Stellenkontingent für Integrationslehrer pro Schule festgelegt werde und aus Spargründen in Zukunft keine Aufstockung zu erwarten sei. Die Stellenvergabe an die Integrationslehrer erfolge in vielen Fällen noch nicht optimal, da die Stellen laut Ranglisten vergeben und die individuellen Bedürfnisse der Kinder oft hintangestellt würden. Notwendig wäre eine flexiblere Handhabung. Niederstätter plädierte dafür, in Notfällen auch Freiwillige (etwa pensionierte Lehrer oder andere motivierte Freiwillige) an die Schulen zu holen. Die Integrationslehrer sollten nur auf Probe eingestellt werden und - falls keine gute, zielführende Zusammenarbeit möglich erscheine - auch ausgetauscht werden können. Flexibilität werde oft nur von Kindern und Eltern verlangt, weniger von Integrationslehrern.

Mangelnde Sensibilität

Heidi Niederstätter wies auf den Wunsch vieler Eltern nach mehr Qualität bei der individuellen Betreuung hin: „Eltern wollen keine ‚Überbetreuung‘, denn gerade Kinder mit besonderen Bedürfnissen lernen viel durch das Zusammensein mit Mitschülern,



Ein Bauernhof in der Nähe von Zürich dient als Wohn-, Ausbildungs- und Arbeitsstätte für Menschen mit mentaler Beeinträchtigung; ein solches Projekt wünschen sich auch viele Pustertaler Eltern

Quelle: AEB

vor allem wenn das Lernen in kleinen Gruppen organisiert ist.“ Niederstätter betonte zudem, dass der gesamte Klassenrat für jedes einzelne Kind zuständig ist, die Sensibilität der Regellehrer ließe aber mitunter zu wünschen übrig. Und schließlich müssten viele schulische Probleme im Bereich der Integration vor Ort geregelt werden; dafür sollten Netzwerke geschaffen und genutzt werden.

Schulinspektorin Niederstätter betonte abschließend, dass die Eltern Behinderter möglichst früh auch an die Zeit nach der Pflichtschule denken sollten, dazu gehörten:

- individuelle Projekte fördern;
- für die Zukunft planen;
- möglichst guten Übergang in die Arbeitswelt schaffen;
- weil Übergänge für Eltern und Betroffene immer mit Ängsten und Sorgen verbunden seien, sollten diese ernst genommen werden;
- Schnupperphasen ermöglichen;
- begleitende Netzwerke für die Suche nach geeigneten Arbeitsplätzen knüpfen;

- die Arbeitsvermittlung müsse flexibel gehandhabt werden.

Mitglieder des Arbeitskreises Eltern Behinderter sprachen in der Diskussion einige schwierige Problemsituationen an, wiesen aber auch auf viele positive Beispiele gelungener schulischer Integration in den verschiedenen Schulen im Puster- und Gadertal hin.

Ab in die Behindertenwerkstätte!

An einem der Folgenabende der „Pustertaler Integrationsgespräche“ stellte die Pustertalerin Angelika Großgasteiger einen Bauernhof in der Nähe von Zürich vor, der als Wohn-, Ausbildungs- und Arbeitsstätte für Menschen mit mentaler Beeinträchtigung dient - mit dem Ziel der Integration in das Berufsleben. Das Projekt, zu dem der Hof gehört, nennt sich „Zürcher Eingliederung“. Es wurde 1973 gestartet und umfasst neben mehreren Bauernhöfen auch Werkstätten, eine Bäckerei, eine Kerzenzieherei und ein Reformhaus. Insgesamt bieten die „Zürcher Eingliederung“ 200 Wohn- und Arbeitsplätze. Großgasteiger lebt und arbeitet mit ihrer Familie seit

mehr als zehn Jahren auf diesem Hof. In anschaulicher Weise stellte sie diese Arbeitsstätte für Menschen mit Behinderung vor. Viele Mitglieder des Arbeitskreises Eltern Behinderter wünschten sich auch für Südtirol eine ähnliche Einrichtung, zumal es erwiesen sei, dass speziell die Arbeit in der Landwirtschaft dem Wohlergehen von Menschen mit mentaler Beeinträchtigung sehr förderlich ist.

Im zweiten Teil des Gesprächs stand Abteilungsleiter Karl Tragust Rede und Antwort. Dabei wurden viele brisante Themen aufgegriffen, darunter die nach wie vor kaum funktionierende Arbeitsintegration, neue Wohnformen und Tätigkeitsfelder und eine verbesserte Frühförderung von Menschen mit Behinderung.

Der Arbeitskreis Eltern Behinderter bemängelt vor allem, dass Präsident Luis Durnwalder zu Beginn der Legislaturperiode 5.000 Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung versprochen habe, von denen bislang aber nicht viel zu sehen sei. Jugendliche mit Behinderung würden, bis sie 18 sind, ausgezeichnet gefördert, doch dann heiße es oft: ab in

die Behindertenwerkstätte! Danach entwickelten sich Jugendliche wieder zurück und verloren ihre Fähigkeiten. Ziel müsse es sein, jungen Menschen mit Behinderung eine fixe Anstellung zu geben, die ihnen laut UN-Behindertenrechtskonvention auch zustünde. Aber der Trend gehe in die andere Richtung: Immer öfter würden Menschen mit Behinderung schief angeschaut, wenn sie ihre Rechte einforderten.

Sparen

Ein weiteres Problem: In den Betreuungsstätten kosteten Behinderte sehr viel - nämlich bis zu 160 Euro am Tag, also fast 5.000 Euro im Monat. Besser sei es, fixe Anstellungen mehr zu fördern. Landesrat Richard Theiner will sich dafür einsetzen, dass Genossenschaften, die Behinderte beschäftigen, mehr Aufträge von der Wirtschaft bekommen. Für den AEB ist das nur eine Zwischenlösung. Er schlägt vor, die Lohnnebenkostenzuschüsse für Betriebe zu erhöhen. Prämien sollten den



Quelle: AEB

Betrieben nicht nur acht Jahre lang gezahlt werden, sondern während der gesamten Zeit der Anstellung. Hansjörg Elsler, der Präsident des Arbeitskreises Eltern Behinderter, zog am Ende der Integrationsgespräche dennoch eine positive Bilanz: „Wir konnten viele wichtige Informationen weitergeben, Visionen aufzeigen und neue Erkenntnisse für Menschen mit Behinderung, für deren Eltern und auch für die politischen Verantwortlichen vermitteln.“